

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.02.2023

Inhalt

EWN

1 Das endlose Ende <i>Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis, 25.02.2023</i>	3
2 Fachkräftekonferenz: Ost-Regierungschefs suchen Lösungen <i>Ostsee-Zeitung.de, 26.02.2023</i>	5
3 Energiewende: Chance für den Osten <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 27.02.2023</i>	7
4 Material für Nord-Stream-2-Pipeline soll für LNG-Anlage genutzt werden <i>AFP Deutschsprachiger Basisdienst, 25.02.2023</i>	9

📰 Mitteldeutsche Zeitung - Saalekurier Halle, Saalekreis | 25.02.2023 | S. 40

📄 Auflage: 29.828 | Reichweite: 109.039

👤 Von Steffen Könauf

Das endlose Ende

Heimatkunde: Vor 65 Jahren begann die DDR mit der Bauplanung für ihr erstes Atomkraftwerk. Bis heute steht das KKW Rheinsberg am Stechlinsee in Theodor Fontanes geliebter Mark Brandenburg. Der Abriss läuft seit 1990 – und er wird noch Jahre dauern.

Der größte Teil der Last ist fort. Vom strahlenden Erbe der DDR sind bloß noch ein paar wenige Reste übrig, Krümel verglichen mit dem, was hier vor 30 Jahren stand. Gelegen auf einer schmalen Landbrücke zwischen Großem Stechlin und Nehmitzsee, ist das Kernkraftwerk Rheinsberg heute nur noch eine leere Hülle, die an eine Zeit erinnert, die nur sehr langsam vergeht.

Hier, keine acht Kilometer vom Städtchen Rheinsberg mit seinem berühmten Schloss entfernt, begann die DDR 1960 mit dem Bau ihres ersten Kernreaktors. Acht Jahre nach Beginn der Planung und nach sechs Jahren Bauzeit fuhr der Druckwasserreaktor WWER-70 hoch, eine eigens für die DDR geschrumpfte Variante des WWER-210, mit dem die Sowjetunion kurz zuvor in ihrem ersten KKW in Nowoworonesch am Don ihr Atomzeitalter begonnen hatte.

Für die Bauarbeiter und die aus allen Regionen der Republik in den Norden von Berlin gelockten Atom-Experten waren zuvor neue Stadtviertel, Kulturhäuser, Kneipen, Sportanlagen und Straßen errichtet worden. Die dünn besiedelte Gegend, von der Fontane in den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ schwärmt, bebt förmlich unter dem Katapultstart in die Moderne. Proteste gegen die heute als gefährlich geltende Industrie habe es nie gegeben, erinnert sich der Ingenieur Jörg Müller, der damals aus Magdeburg nach Rheinsberg geht. „Kernkraft hatte hier hohe Akzeptanz.“

Das Tor der Anlage illustriert diesen Fortschrittsglauben immer noch. Mitten im Wald zeigt das handgeschweißte Metallgitter eine stilisierte Darstellung von Elektronen, die einen Atomkern umkreisen. In der Mitte zeigt sich eine Friedenstaube, die im Bohrschen Atommodell in die lichte Zukunft flattert.

Das Tor ist mittlerweile angerostet, jemand hat ein nagelneues Stop-Schild an die Runderisen geknibbert. „Kontrakt 903“, wie das anfangs streng geheime Bauprojekt offiziell genannt wurde, wird seit einem Vier-

teljahrhundert zurückgebaut. Schon länger als 20 Jahre ist alles hoch- und mittelradioaktive Material eingepackt und abtransportiert. Übriggeblieben sind Bürogebäude und Hallen, die immer noch einem ganz besonderen Sicherheitsregiment gehorchen müssen: 533 Räume hatte der Betriebsteil Rheinsberg des VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Greifswald. 532 davon galten als kontaminiert, als 1990 beschlossen wurde, das älteste kommerzielle deutsche KKW stillzulegen, obwohl seine Laufzeit erst 1986 bis 1992 verlängert worden war.

Doch mit der DDR verschwand der staatliche Betreiber. Westdeutschen Energiekonzernen dagegen fehlte das Interesse, sich eine Atomruine aus den 60er Jahren ans Bein zu binden, mit der angesichts ihrer geringen Stromerzeugungskapazität, der kurzen Restlaufzeit und der unabsehbaren Rückbaukosten kein Geld zu verdienen sein würde.

Am 1. Juni 1990 ist Schluss, plötzlich und unerwartet für die 600 Mitarbeiter. Knapp 23 Jahre nach dem Beginn des Betriebes und nach Lieferung von insgesamt 9.000 Gigawattstunden Strom ins Netz – eine Menge, die binnen eines Vierteljahrhunderts zu erzeugen es heute 50 bis 100 Windräder braucht – endet das am längsten andauernde Kapitel des Atomzeitalters in Ostdeutschland.

Seitdem läuft die Nachspielzeit. Allein bis 1995 dauert es, ehe der Abriss durchgeplant ist. Dann müssen Genehmigungen beantragt und Verfahren entwickelt werden, wie vor allem die heißen Bereiche um den fast 170 Tonnen schweren Reaktorblock demontiert werden können. Vorbilder gibt es nicht. Die DDR-Atompioniere von Rheinsberg sind Abrisspioniere für Kernkraftwerke.

Bis heute arbeiten sie daran, aus der strahlenden Ruine wieder ein Stück Wald zu machen. Noch immer wird auf dem Gelände zurückgebaut und demontiert, schon lange aber sind die radioaktiven Stoffe ins Zwi-

schenlager in Greifswald gebracht worden. Da klingt das Kobalt 60 ab. In 50 Jahren sollen die Reste dann in Handarbeit zerschnitten werden können. Alles in allem, so rechnet die bundeseigene **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH, wird der Abriss am Ende

rund eine Milliarde Euro kosten. Mehr als doppelt so viel wie der Bau.

Führungen nach Anmeldung:

www.bit.ly/besuchrheinsberg

Fachkräftekonferenz: Ost-Regierungschefs suchen Lösungen

Fachleute prophezeien dem Osten Deutschlands einen industriellen Aufschwung. Dort werden - wie im Norden - Wind und Sonne schon intensiv zur Produktion von Energie genutzt. Doch die schönen Aussichten werden getrübt. Bei der Fachkräftekonferenz in Schwerin soll darüber beraten werden, wie der Berufsnachwuchs gesichert werden kann.

Schwerin. Dem industriellen Niedergang zwischen Ostsee und Thüringer Wald nach dem Mauerfall soll nun, gut 30 Jahre später, der kräftige Aufschwung folgen. Große Hoffnungen setzen die Regierungen der ostdeutschen Bundesländer auf die Energiewende - weg von Kohle-, Gas- und Atomstrom hin zu Ökostrom aus Sonne und Wind. „Ostdeutschland erlebt gerade eine Reindustrialisierung in vielen Bereichen. Der gute Ausbau mit erneuerbaren Energien ist dafür ein wesentlicher Treiber. Das ist eine große Chance, denn die Unternehmen werden sich in Zukunft dort ansiedeln, wo der Strom produziert wird“, prophezeit der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD).

Studien verschiedener Forschungsinstitute würden zeigen, dass der Norden und Osten im Zuge der Energiewende die Gewinnerregionen seien. „Ich würde auf dieses Pferd setzen“, sagt die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles. Wie Schneider und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), hat auch sie ihre Teilnahme an der Fachkräftekonferenz Ost zugesagt, zu der am Montag die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer in Schwerin zusammenkommen.

Fachkräftekonferenz in Schwerin

Bei dem Treffen mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsagenturen soll darüber beraten werden, wie der Berufsnachwuchs gesichert werden kann. Denn als wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg gilt das Vorhandensein von genügend Fach- und Arbeitskräften. „Nur mit ausreichend Fachkräften können wir die Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sichern“, betont Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), derzeit Vorsitzender der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz.

Allerdings sind die Auswirkungen des demografischen Wandels und die Spätfolgen der massenhaften Abwanderung junger Leute gen Westen nach 1990 im Osten nun besonders zu spüren. Allein Mecklenburg-

Vorpommern verliert nach Angaben der Landesregierung etwa 10.000 Arbeitskräfte pro Jahr, weil mehr Beschäftigte in Rente gehen als junge Leute nachkommen. In den bevölkerungsreicheren anderen Ostländern dürften die Zahlen noch weit höher liegen.

Bewerbermangel

Anders als in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende sind Arbeitskräfte inzwischen vielerorts rar. Ende 2022 lag die Arbeitslosenquote etwa in Thüringen oder Brandenburg mit gut fünf Prozent fast gleichauf mit der in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Immer häufiger können auch im Osten Stellen nicht besetzt werden, weil Bewerber fehlen.

„Es gibt nicht den einen Knopf, auf den wir drücken können, dafür viele Stellschrauben“, schickt Nahles schon mal voraus. Man müsse ansetzen bei der Qualifikation von Beschäftigten und Arbeitslosen, bei jungen Leuten, die bei der Berufswahl oft unsicher seien und vielfach ohne Abschluss blieben, müsse Studienabbrecher für die duale Berufsausbildung gewinnen und nicht zuletzt auch Ältere in den Blick nehmen, die nicht mehr Voll- aber gern in Teilzeit weiter arbeiten wollten. Zudem müsse auch im Osten über eine gezielte, faire Zuwanderung in den Arbeitsmarkt geredet werden, betont Nahles.

Erwerbsbeteiligung von Frauen besser als in Westdeutschland

Anders als im Westen sehe sie im Osten aber bei der Berufstätigkeit von Frauen kaum noch zusätzliches Potenzial für den Arbeitsmarkt. „Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist erfreulich besser als in Westdeutschland. Über das Thema Frauen muss ich hier im Osten nicht reden“, konstatiert Nahles.

Bei der Sicherung der Fachkräfte sieht sie vor allem die Arbeitgeber selbst in der Pflicht. „Was generell wichtig ist, dass man Arbeitsbedingungen schafft, die auch at-

traktiv sind. Denn man konkurriert ja auch mit anderen Bundesländern. Interessante und gut qualifizierte Arbeitsplätze sind für ein Land immer eine sichere Bank“, sagt Nahles. Aussagen über das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen West und Ost umgeht sie: „Dazu äußere ich mich als Bundesagentur-Vorsitzende nicht.“

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zeigt sich angesichts einer Lohnlücke, die die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung für Gleichqualifizierte mit etwa 14 Prozent angibt, weniger zurückhaltend. Nach ihren Worten haben die Unternehmen im Nordosten bislang noch sehr unterschiedlich auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt reagiert. „Wir haben Bereiche, in denen schon gut be-

zahlt wird. Wir streben aber an, dass insgesamt das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern steigt“, sagt Schwesig.

Anreize für mehr Tariftreue hatte die Landesregierung bereits mit abgestuften Fördersätzen für Investitionen gesetzt. Nun soll auch die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einer Gesetzesänderung die Bezahlung nach Tarif voranbringen. Bessere Verdienstmöglichkeiten könnten nach Meinung Schwesigs Berufspendler in den Westen wieder in ihre Heimat Mecklenburg-Vorpommern zurückbringen. „Bessere Bezahlung ist ein entscheidender Schlüssel beim Thema Fachkräfte. Die Lohnfrage ist elementar“, betont die Konferenz-Gastgeberin.

RND/dpa

Energiewende: Chance für den Osten

Fachleute prophezeien dem Osten Deutschlands einen industriellen Aufschwung. Dort werden Wind und Sonne schon intensiv zur Produktion von Energie genutzt. Doch die schönen Aussichten werden getrübt.

Schwerin. Dem industriellen Niedergang zwischen Ostsee und Thüringer Wald nach dem Mauerfall soll nun, gut 30 Jahre später, der kräftige Aufschwung folgen. Große Hoffnungen setzen die Regierungen der ostdeutschen Bundesländer auf die Energiewende – weg von Kohle-, Gas- und Atomstrom hin zu Ökostrom aus Sonne und Wind.

„Ostdeutschland erlebt gerade eine Reindustrialisierung in vielen Bereichen. Der gute Ausbau mit erneuerbaren Energien ist dafür ein wesentlicher Treiber. Das ist eine große Chance, denn die Unternehmen werden sich in Zukunft dort ansiedeln, wo der Strom produziert wird“, prophezeit der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD).

Studien verschiedener Forschungsinstitute würden zeigen, dass der Norden und Osten im Zuge der Energiewende die Gewinnerregionen seien. „Ich würde auf dieses Pferd setzen“, sagt die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles. Wie Schneider und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), hat auch sie ihre Teilnahme an der Fachkräftekonferenz Ost zugesagt, zu der heute die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer in Schwerin zusammenkommen.

Bei dem Treffen mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitsagenturen soll darüber beraten werden, wie der Berufsnachwuchs gesichert werden kann. Denn als wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg gilt das Vorhandensein von genügend Fach- und Arbeitskräften. „Nur mit ausreichend Fachkräften können wir die Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sichern“, betont Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), derzeit Vorsitzender der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz.

Allerdings sind die Auswirkungen des demografischen Wandels und die Spätfolgen der massenhaften Abwanderung junger Leute gen Westen nach 1990 im Os-

ten besonders zu spüren. Allein MV verliert nach Angaben der Landesregierung etwa 10 000 Arbeitskräfte pro Jahr, weil mehr Beschäftigte in Rente gehen als junge Leute nachkommen. In den bevölkerungsreicheren anderen Ost-Ländern dürften die Zahlen noch weit höher liegen.

Immer noch Lohnlücke zwischen Ost und West

Anders als in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende sind Arbeitskräfte inzwischen vielerorts rar. Ende 2022 lag die Arbeitslosenquote etwa in Thüringen oder Brandenburg mit gut fünf Prozent fast gleichauf mit der in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Immer häufiger können auch im Osten Stellen nicht besetzt werden, weil Bewerber fehlen.

„Es gibt nicht den einen Knopf, auf den wir drücken können, dafür viele Stellschrauben“, schickt Nahles schon mal voraus. Man müsse ansetzen bei der Qualifikation von Beschäftigten und Arbeitslosen, bei jungen Leuten, die bei der Berufswahl oft unsicher seien und vielfach ohne Abschluss blieben, müsse Studienabbrecher für die duale Berufsausbildung gewinnen und nicht zuletzt auch Ältere in den Blick nehmen, die nicht mehr Voll- aber gern in Teilzeit weiter arbeiten wollten. Zudem müsse auch im Osten über eine gezielte, faire Zuwanderung in den Arbeitsmarkt geredet werden, betont Nahles.

Anders als im Westen sehe sie im Osten bei der Berufstätigkeit von Frauen kaum noch zusätzliches Potenzial für den Arbeitsmarkt. „Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist erfreulich besser als in Westdeutschland. Über das Thema Frauen muss ich hier im Osten nicht reden“, konstatiert Nahles.

Bei der Sicherung der Fachkräfte sieht sie vor allem die Arbeitgeber in der Pflicht. „Was generell wichtig ist, dass man Arbeitsbedingungen schafft, die auch

attraktiv sind. Denn man konkurriert ja auch mit anderen Bundesländern. Interessante und gut qualifizierte Arbeitsplätze sind für ein Land immer eine sichere Bank“, sagt Nahles. Aussagen über das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen West und Ost umgeht sie allerdings: „Dazu äußere ich mich als Bundesagentur-Vorsitzende nicht.“

Schwesig drängt auf höheres Lohnniveau

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zeigt sich angesichts einer Lohnlücke, die die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung für Gleichqualifizierte mit etwa 14 Prozent angibt, weniger zurückhaltend. Nach ihren Worten haben die Unternehmen im Nordosten bislang noch sehr unterschiedlich auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt

reagiert. „Wir haben Bereiche, in denen schon gut bezahlt wird. Wir streben aber an, dass insgesamt das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern steigt“, sagt Schwesig.

Anreize für mehr Tariftreue hatte die rot-rote Landesregierung bereits mit abgestuften Fördersätzen für Investitionen gesetzt. Nun soll auch die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einer Gesetzesänderung die Bezahlung nach Tarif voranbringen.

Bessere Verdienstmöglichkeiten könnten nach Meinung Schwesigs Berufspendler in den Westen wieder in ihre Heimat MV zurückbringen. „Bessere Bezahlung ist ein entscheidender Schlüssel beim Thema Fachkräfte. Die Lohnfrage ist elementar“, betont die Konferenz-Gastgeberin.



AFP Deutschsprachiger Basisdienst | 25.02.2023

Material für Nord-Stream-2-Pipeline soll für LNG-Anlage genutzt werden

Bundesregierung verhandelt mit Pipeline-Gesellschaft über Nutzung von Röhren

Ungenutztes Material für die nicht in Betrieb genommene deutsch-russische Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 soll einem Medienbericht zufolge für die Anbindung eines neuen Importterminals für Flüssiggas vor der Insel Rügen genutzt werden. Die Bundesregierung verhandelt mit der in der Schweiz ansässigen Nord-Stream-2-Gesellschaft über die Nutzung von 3000 Röhren, wie die "Welt am Sonntag" laut Vorabmeldung vom Samstag berichtet.

Nord Stream 2 ist fertig gebaut und sollte den Gasfluss von Russland nach Deutschland deutlich erhöhen. Die Leitung wurde wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine aber nicht in Betrieb genommen. Bei den 3000 Röhren handelt es sich dem Bericht zufolge um übrig gebliebene Pipeline-Segmente, die auf einem Hafengelände auf Rügen gelagert werden.

Die Nord-Stream-2-Gesellschaft hat mittlerweile Konkurs angemeldet. Die Verhandlungen über die Nutzung des übrigen Materials werden deshalb laut "Welt am Sonntag" mit dem gerichtlich eingesetzten Sachverwalter in der Schweiz geführt.

Die Pipeline kommt, wie auch die ältere Leitung Nord Stream 1, in Lubmin an. Die Küstenstadt soll den Plänen der Bundesregierung zufolge auch in Zukunft ein wichtiges Importzentrum für Energie sein. Ein privat betriebenes schwimmendes Importterminal für Flüssigerdgas (LNG) ist dort bereits in Betrieb, für ein staatlich gechartertes Terminalschiff muss noch eine Zubringer-Pipeline verlegt werden.

Für diese Leitung von vor der Küste Rügens bis nach Lubmin sollen dem Bericht zufolge die Nord-Stream-Röhren verwendet werden. Die Leitung soll parallel zu Nord Stream 2 verlaufen. Ursprünglich war sogar eine Nutzung der bereits verlegten Röhren in Betracht gezogen worden.

Umwelt- und Klimaschützer kritisieren die massiven LNG-Ausbaupläne der Bundesregierung als überdimensioniert. Im Fall des geplanten Terminals vor Rügen gibt es außerdem örtlichen Widerstand: Die Bürgermeister der Urlaubsinsel wenden sich dagegen.

pe/kbh